

nähtere Erläuterung des Kulturauftrags aus der Entstehungsgeschichte der Norm hinzuweisen ist. Der Verfasserin gelingt es auch, das Kriterium des Programmbezugs in § 11 Abs. 1 Satz 2 Rundfunkstaatsvertrag nachvollziehbar zu entwickeln. Auf der einfachgesetzlichen Ebene des § 11 Rundfunkstaatsvertrag befasst sich *Reese* dann auch kritisch mit aktuellen Online-Aktivitäten öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, für die auch konkrete Wertungsmaßstäbe entwickelt werden. Wenn *Reese* dabei zur Unzulässigkeit zahlreicher aktueller Aktivitäten der Rundfunkanstalten gelangt, so erscheint mir dieses Ergebnis umso bemerkenswerter, als sie ja prinzipiell durchaus den Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der digitalen Welt als weiterhin gültig sehen will. Sie macht meines Erachtens hier zu Recht deutlich, dass eine Begrenzung der Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Online-Bereich gerade auch in dessen eigenem, wohlverstandenem Interesse liegt. Dies herausgearbeitet zu haben, scheint mir ein wesentlicher Ertrag der im Übrigen doch eher eine kompilarische Leistung darstellenden Arbeit.

Christoph Degenhart

Katrin Voltmer (Hrsg.)

Mass Media and Political Communication in New Democracies

London : Routledge, 2006. – 262 S.

ISBN 0-415-33779-8

Das Buch ist aus einem Workshop zur politischen Kommunikation und den Massenmedien im Jahr 2002 in Turin hervorgegangen, den die Herausgeberin Katrin Voltmer und Slavko Splichal im Rahmen des *European Consortium for Political Research (ECPR)* veranstalteten. Trotz des leider sehr späten Erscheinens des Tagungsbandes in der ECPR-Schriftenreihe haben die Beiträge, auch durch ihre Überarbeitung für diese Publikation, nicht an ihrer wissenschaftlichen Bedeutung verloren. Die Bedeutung des Bandes erklärt sich vor allem aus der bisher relativ geringen Anzahl von fundierten Analysen zur Rolle bzw. Situation der Medien in der politischen Kommunikation in Transformationsstaaten der *dritten Demokratisierungswelle* (nach Huntington), die über rein deskriptive Arbeiten oder Einzelaspektanalysen hinausgehen.

Der Band zeichnet sich aus durch sein breites, kommunikationswissenschaftlich angelegtes Erkenntnisinteresse an der politischen Kommunikation in jungen Demokratien. In den Länderstudien zu Lateinamerika, Russland, Spanien, Südafrika, Taiwan und der Ukraine wurde zwar mit ganz unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und methodischen Vorgehensweisen verfahren, die Studien sind jedoch in einen theoretischen Bezug gesetzt im Rahmen eines prozessorientierten Ansatzes, den Katrin Voltmer im einleitenden Kapitel aufspannt. Dieser Ansatz betont den Gesamtkontext, in dem die Medien agieren. Politische Kommunikation in den Medien wird nicht isoliert betrachtet, sondern innerhalb eines interaktionalen Modells verortet (basierend auf Blumler & Gurevitch's *system of dynamic interaction*), um damit gesamtsystemische Funktionsweisen bzw. Dysfunktionalitäten in den Blick zu bekommen. Entsprechend werden drei Perspektiven eingenommen: die Medien-, die Politik- und die Rezipientenperspektive. Die drei Akteursebenen der politischen Kommunikation werden in den einzelnen Aufsätzen berücksichtigt und stellen die thematische Gliederung des Tagungsbandes dar. Im ersten Teil sind Studien zusammengefasst, die normative Grundlagen der Medien analysieren, im zweiten Teil wird die politische Rolle der Medien insbesondere vor dem Hintergrund von Kommunikationsstrategien in Wahlkampagnen untersucht, und der dritte Teil enthält empirische Analysen zu Mediennutzung und Wahlverhalten bzw. zum Framing der Rezipienten.

In der ersten Studie präsentieren Carlos Barrera und Ricardo Zugasti Ergebnisse einer Inhaltsanalyse spanischer Zeitungen in der Transformationsphase Spaniens nach Francisco Tod 1975 bis zum Verfassungsreferendum 1978. Sie beschreiben eine für Transformationsstaaten eher ungewöhnliche Entwicklung: Die Presse habe damals in Spanien einen weitgehend moderaten Kurs gegenüber der Regierung eingeschlagen, um die politische Konsolidation nicht zu gefährden, und für die politische Vielfalt gesorgt mit einer „progressiven Einführung in die öffentliche Arena“ (S. 39) der politischen Akteure. Im darauf folgenden Artikel beschreibt Hedwig de Smaele das Paradox in der russischen Mediensituation, dass im Namen der Demokratisierung Einschränkung der Pressefreiheit und die Instrumentalisierung der Medien legitimiert werden. Das gilt nicht nur

für die staatlichen Medien, in denen politischer Druck ausgeübt wird, sondern auch für den Herausgebereinfluss in privatwirtschaftlich organisierten Medien. Daran seien die Rezipienten jedoch gewöhnt, und entsprechend würden Informationen vor allem danach interpretiert, „für wen sie von Nutzen sind“ (S. 49). Im dritten Teil des Bandes wird diese Haltung dann noch genauer analysiert von Ellen Mickiewicz, die über eine Fokusgruppenstudie Frames bei der Rezeption staatlicher Fernsehnachrichten untersucht hat.

Silvio Weisbord beschäftigt sich im ersten Teil des Bandes zudem mit der Glaubwürdigkeit von politischer Medienberichterstattung in Lateinamerika, die in seinem Ansatz nicht nur wie in üblichen Professionalitätsmodellen über die journalistische Leistung determiniert ist, sondern auch über Publikumserwartungen. Natalya Krasnoboka und Kees Brants analysieren die Qualität der Wahlberichterstattung im Jahr 2002 in der Ukraine sowohl in klassischen als auch in Online-Medien nach Themenselektion, Berichterstattungsframes und Ausgewogenheit der Berichterstattung.

Im zweiten Teil des Bands werden Wahlkampfstrategien und Medienberichterstattung der letzten Jahre untersucht. In Argentinien, Chile und Uruguay vergleicht Roberto Espíndola diese in den Wahlen von 1998 und 2002. Er stellt fest, dass zwar professionelle Wahlkampftechniken eingeführt wurden, traditionelle, personalintensive Mobilisierungsstrategien durch die Parteien aber weiterhin eine wichtige Rolle spielten. Gary Rawnsley beobachtet auch in Taiwan eine Professionalisierungstendenz der Wahlkampfkommunikation zu den Wahlen 2002, wobei sich die politische Kommunikationskultur erst wenig geändert hat und in traditionellen Klientelbeziehungen verhaftet bleibt. Sarah Oates beobachtet eine negative Tendenz bezüglich des Informationsgehalts in der Wahlkampfberichterstattung der russischen Fernsehsender zwischen 1993 und 2003. Der letzte Beitrag beschäftigt sich mit der Entwicklung von E-Government und dessen Nutzungsmustern in Taiwan (Ming-Ying Lee).

Neben der schon erwähnten Studie zu Nutzungsmustern von Nachrichtensendungen in Russland beschäftigen sich im letzten Teil des Tagungsbandes zwei Studien mit dem Informations- und Wahlverhalten in verschiedenen Ländern. Stephen White und Ian McAllister stellen in ihrer Untersuchung Russlands mittels quan-

titativer Befragung und qualitativen Fokusgruppeninterviews fest, dass in den Wahlen von 1999 und 2003 die Berichterstattung der staatlichen Fernsehsender einen signifikanten und selektiven Einfluss auf die Wahlentscheidungen für Kremlbefürworter aber auch -gegner hatte. Laut der Autoren lässt sich insgesamt seit 1999 eine negative Entwicklung beobachten, weil die Einflussmöglichkeiten der Regierung auf die Medien zugenommen haben, während ein Anspruch auf freie und faire Wahlkampfberichterstattung sowohl in den Medien als auch in der Bevölkerung nach wie vor fehlt. In einem Vierländervergleich zu Chile, Uruguay, Bulgarien und Ungarn führen Katrin Voltmer und Rüdiger Schmitt-Beck eine multivariate Analyse der politischen Kultur durch bezüglich der Rolle von Medien für das Vertrauen in politische Institutionen und die politische Mobilisierung in Transformationsstaaten.

Der Tagungsband ist aufgrund der Fülle empirischer Daten und detaillierten Analysen ein aufschlussreiches Kompendium für die Beschäftigung mit dem Verhältnis von Medien und Politik in Transformationsstaaten. Bis auf Bulgarien und Ungarn ist allerdings kein mittel- und osteuropäisches EU-Beitrittsland in den Analysen vertreten, so dass ein Vergleich mit den dort aufgrund der weitgehend stabilen politischen Landschaft möglicherweise erfolgreicher Demokratisierungspfaden der politischen Kommunikation leider ausbleiben muss.

Indira Dupuis

Bernd Klammer

Empirische Sozialforschung

Eine Einführung für Kommunikationswissenschaftler und Journalisten

Konstanz: UVK, 2005. – 346 S.

ISBN 3-8252-2642-5

Man kann darüber geteilter Meinung sein, ob es sinnvoll ist, Methoden der empirischen Sozialforschung fachspezifisch zu behandeln. Notwendig ist es sicher nicht, denn die methodischen Aspekte empirischer Instrumente unterscheiden sich nur wenig in der fachspezifischen Anwendung. Unbestritten ist dagegen, dass der direkte Bezug auf fachspezifische Probleme insbesondere bei der Einführung in empirische Methoden didaktische Vorteile be-